

Kapitalismus versus Klima

Von Denknetz U-35 Am 8. Juli trafen sich 25 junge Menschen in Zürich zu einer Tagung zum Thema Kapitalismus versus Klima. Die meisten von ihnen haben einen Hintergrund bei den Jungen Grünen, der Juso und der Gewerkschaftsjugend. Die Video-Aufzeichnung von Dr. Basil Oberholzer's Vortrag kann auf der Denknetz-Homepage nachgesehen werden. Nachstehend die Thesen der Denknetz U-35 Gruppe, die von Simon Rutz, Luzian Franzini und Christian Gross zur Diskussion gestellt worden sind:



1. Die Rechte leugnet den Klimawandel, weil sie weiss, dass es nur kollektive Lösungen geben kann

Auch in der Schweiz wird von rechtsnationalen Kreisen die Klimaerwärmung verharmlost bis geleugnet. Dies tun sie deswegen, weil sie wissen, dass nur Staaten und die Gesellschaft als Ganzes fähig sind, die Umweltzerstörung zu beenden. Sie fürchten sich vor „Interventionismus“ und „Planwirtschaft“. Übersetzt: Sie fürchten sich davor, dass sie in ihrer neoliberalen Freiheit eingeschränkt werden, jeden und alles ausbeuten zu können, soweit es ihr Portemonnaie zulässt. Auf der ideologischen Ebene ist der Neoliberalismus in der Klimafrage am verwundbarsten – wie soll es auch einleuchten, dass „jeder seines Glückes Schmied ist“ und „no such thing as society“ existiert, wenn klar ist, dass alle Menschen Lebensqualität aufgrund des Klimawandels verlieren?

2. Klimawandel als Door-Opener für linke Politik

Die Menschheit steht vor der gewaltigen Herausforderung, die

für uns zerstörerische Klimaerwärmung zu stoppen. Doch, wie so oft in der Geschichte, kann gerade aus diesem schlechten Ereignis das positive folgen. Die Linke darf es nicht verpassen aufzuzeigen, dass ihre Lösungen die richtigen sind, um den Klimawandel zu stoppen und ein besseres Leben für alle zu erreichen: Bedarfsorientiertes Wirtschaften, soziale und genossenschaftliche Wohnformen, ein gut ausgebauter ÖV und Service Public vor Ort, gepaart mit einer Gesellschaft, in der aufgrund von Arbeitszeitverkürzungen Zeit bleibt, um Beziehungen, Bildung und Kultur zu pflegen. Es mag sein, dass gewisse verschwenderische Lebensstile eingeschränkt werden müssen. Ist jedoch der Preis, den wir alle gewinnen, nicht um ein ungleiches höher?

3. Der globale Süden ist überproportional vom Klimawandel betroffen, ohne für ihn verantwortlich zu sein

Der Klimawandel ist massgeblich durch Nebenprodukte der Industrialisierung entstanden.

So durch das berühmte Kohlenstoffdioxid (CO₂), das bei Verbrennungsreaktionen entsteht. Diese Reaktion ist es, die - seit der Dampfmaschine bis zum heutigen Flugzeugverkehr - das Herzstück der Industrialisierung bildet. Die Industrialisierung fand bekanntlich im globalen Norden statt, welcher übermässig von ihren Früchten profitiert. Zynischerweise werden die am wenigsten entwickelten Länder in Afrika und Asien durch Dürren und Überschwemmungen noch stärker in ihren Subsistenz-Wirtschaften eingeschränkt. Klimaschutz kann und darf nicht auf Kosten der wirtschaftlich Schwächsten gehen. Im Gegenteil sollen diese Länder auf ein menschenwürdiges Wohlstandsniveau gehoben werden, was insbesondere die Versorgung mit sauberem Wasser, Nahrung, Kanalisation, Elektrizität und Kommunikationsmittel betrifft. Der Klimawandel muss als Chance genutzt werden, um fortschrittliche und ressourcenschonende Technologie gerade in diesen Ländern umzusetzen.

4. Der Klimawandel nährt globale Konflikte und treibt Menschen in die Flucht

Sei es im Jordantal oder in der Region um den Euphrat in Syrien: Der durch den Klimawandel mitverursachte Wassermangel nährt und treibt Krieg und Terror an. Besonders Dürren und Missernten destabilisieren (bereits instabile) Regionen weiter und „prekarisieren“ ganze Bevölkerungsschichten. Diverse Studien bestätigen, dass Abweichungen von normalen Niederschlägen und erhöhte Temperaturen systematisch die Gefahr von Konflikten erhöhen. Durch den Klimawandel werden auch Menschen in die Flucht getrieben. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) schätzt, dass im Jahr 2050 bis zu 200 Millionen Menschen aufgrund klimatischer Veränderungen auf der Flucht sein werden.

Die Eindämmung des Klimawandels und eine ökologische Transformation der Wirtschaft bekämpft die Ursachen von Krieg und Flucht und ist für eine solidarische und pazifistische Politik unentbehrlich.

5. Deregulierte Märkte sind unfähig nachhaltig zu wirtschaften

Für Märkte gibt es nur ein Prinzip: Angebot und Nachfrage. Zu welchem Preis kaufst du mein Produkt? Es geht nicht darum ein gutes, langlebiges Produkt herzustellen – notabene in würdigen Arbeitsprozessen – sondern es interessiert nur der Erlös. Jegliches Bedürfnis ohne Geld ist vom Reich der Konsumtionsfreiheit ausgeschlossen. Auch wenn dringende Nachfrage herrscht, etwa nach Nahrung oder sauberer Luft: Für den Markt existiert das Be-

dürfnis nicht. Es braucht Korrekturmassnahmen, die jedem Menschen ein würdiges Leben ermöglichen. Dabei ist es das Normalste der Welt, dass jene, welche den gemeinsam erarbeiteten Reichtum privatisiert haben, für die Sozial- und Umweltkosten aufkommen, da gerade sie von einer stabilen Gesellschaft profitieren.

6. Mehr Kapitalwachstum löst den Klimawandel nicht: Suffizienz und qualitatives Wachstum müssen unser Ziel sein

Wir verbrauchen zu viel und die falschen Rohstoffe. Es ist nichts davon zu halten, dass ausgerechnet mehr Kapitalwachstum das Klimaproblem lösen soll, weil ganz automatisch durch die unsichtbare Hand des Marktes die erneuerbaren Energien sich durchsetzen würden. Nicht auf das abstrakte Kapitalwachstum kommt es an, sondern auf qualitatives Wachstum: Wir brauchen nicht einfach mehr Autos, mehr Plastik und mehr Wegwerfkleidung. Jedes Bedürfnis hat sein Mass in sich. Es ist sich also zu fragen, was konkret für ein gutes Leben wachsen soll und wie viel Zeit und Geld wir als Gesellschaft in die Produktion des jeweiligen Gutes investieren möchten.

7. Gebote und Verbote wirken, freiwillige Lösungen der Industrie nicht

Obwohl das Verbot von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) in der Produktion massgeblich dazu beitrug, dass das Loch in der schützenden Ozonschicht sich langsam wieder schliesst und obwohl das Gebot, dass allen Autos obligatorisch einen Katalysator eingebaut werden muss, zu einer

erheblichen Verbesserung der Luftqualität führte, geniessen gesetzliche Regulierungen für den Umweltschutz einen schlechten Ruf. Anstatt dessen werden „freiwillige Lösungen“ der Industrie favorisiert. Jedoch wird der überwiegende Teil der Marktakteure niemals sich selbst in der Konkurrenz der Unternehmen schwächen, in dem sie ihre Produkte zu ihrem finanziellen Nachteil umweltgerechter herstellen. Dies liegt schlicht nicht in ihrem Partikularinteresse. Dementsprechend zahnlos sind die freiwilligen Abmachungen, bei deren Verletzung ausser einem Marketingchaden keine Strafe droht. Es gibt einzelne Unternehmen, die mit gutem Beispiel voran gehen, diese bleiben jedoch Nischenanbieter, solange nur ein kleiner Teil der Käuferschaft sich ihre Produkte leisten kann. Die besten Umweltpaxen müssen deswegen verbindlich für alle Produzenten geregelt und durchgesetzt werden, so dass die beste Praxis für alle gilt und sich Trittbrettfahrer nicht bereichern können.

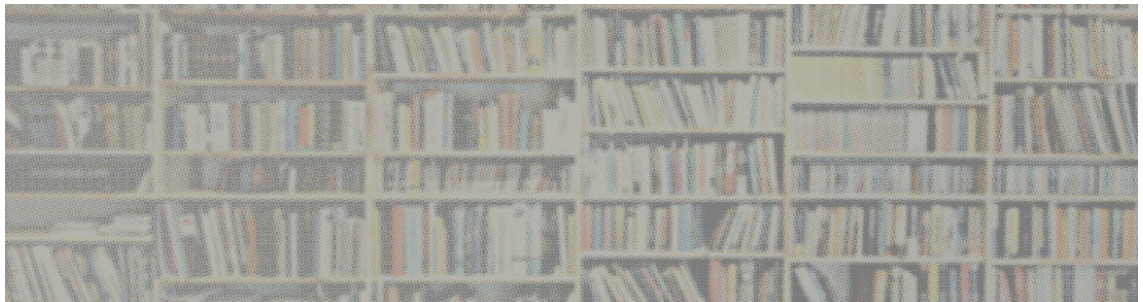
8. Ausstieg aus dem Konsumismus

Menge und Art der gegenwärtig produzierten Güter sind nicht auf eine nachhaltige Nutzung der Umwelt abgestimmt. Die Märkte der hochentwickelten Länder werden mit einer Flut von billigen Waren überschwemmt, die nur so günstig sind, weil die Löhne in Ländern wie China viel tiefer sind als hierzulande. Gleichzeitig wird für die kaufkräftigen Schichten der entwickelten Länder der Akt des Konsumierens immer wichtiger, während die realen Lebensumstände mehr und mehr vom Strampeln nach beruflichem

Erfolg geprägt sind. Der Konsum wird zur Sphäre von Ersatzbefriedigungen, die Konsumfreiheit wird zur zentralen Form von Freiheit überhaupt. Dieser Konsumismus muss auf mehreren Ebenen überwunden werden. Der Druck und die Belastung in der Arbeitswelt müssen gesenkt werden. Die realen Arbeitszeiten, seit rund dreissig Jahren

im Steigen begriffen, müssen wieder deutlich sinken. Dadurch gewinnen die Leute Freiräume, in denen sie Bedürfnissen Raum geben können, die nicht vom Konsum von materiellen Gütern und Statussymbolen abhängen, wie zum Beispiel die Pflege von persönlichen Beziehungen, die berufliche und kulturelle Bildung, die Teilnahme am Kul-

turgeschehen, die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit. Parallel dazu sind die personenbezogenen öffentlichen Dienste auszubauen und der gesamten Bevölkerung in hoher Qualität verfügbar zu halten: Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, familienergänzende Kinderbetreuung, kulturelle Angebote. *



LUEG ZERSCH BIM DÄNKNETZ

Wir haben die Denknnetz-Site in ein neues Gewand gekleidet. Herausragend: Die Denknnetz-Bibliothek mit über 500 Fachartikeln, Audio- und Videobeiträgen zu einer breiten Palette von Themen. Dazu kommen die 25 „Diskurs“- Ausgaben. In jedem Diskurs sind zu einem Thema kommentierte Links und Hinweise versammelt, insgesamt bereits zu rund 2000 Texten, Büchern und Fachbeiträgen.

Auf der Suche nach interessanten Texten zu deinem Thema? Dänn lueg zersch bim Dänknnetz:

www.denknnetz.ch

Neu auf der Site

Stephan Bernard, Viktor Györfy, Philippe Koch, Magda Zihlmann:

Die Dialektik von Grundrechten und Demokratie

(Juli 2017). Ein Grundlagenpapier zur Aktualität der Grundrechte und zu einer emanzipatorischen Grundrechtsperspektive.

